



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



07.04.2022

Ausgabe 008

Wir fordern mehr Waffen für die Ukraine und schärfere Sanktionen gegen Russland Zudem: Lebensmittelversorgung und Preissteigerungen mehr in den Blick nehmen!

Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit.

Für uns folgt daraus: **Erstens braucht die Ukraine mehr Waffen.** Bundeskanzler Scholz muss bei der Unterstützung der Ukraine endlich das Heft des Handelns ergreifen. Er muss den unwürdigen Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium beenden. **Zweitens** muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen. **Drittens** müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen.

Unsere Aufforderung an die Bundesregierung gilt auch bei der Hilfe für die Opfer des Krieges, insbesondere die geflüchteten Frauen und Kinder. In unserem Leitantrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich einen Masterplan umzusetzen. Die Ampel lässt einen solchen weiter vermissen.

Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Institutionen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig.

Lebensmittelversorgung und Preissteigerungen als Folge des Krieges mehr in den Blick nehmen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat große Auswirkungen auf die Versorgung mit Lebensmitteln – auf der Welt und auch in Deutschland. Die Bundesregierung muss jetzt die notwendigen Schritte einleiten, damit es nicht zu weltweiten Knappheiten kommt und bei uns die Preisanstiege nicht überhandnehmen. Die deutschen Landwirte sollen einen möglichst großen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Deshalb muss die Bundesregierung unseren Landwirten endlich gestatten, alle verfügbaren Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen. Wie das gehen kann, zeigen wir in unserem Antrag auf.

Darüber hinaus müssen wir die sozialen Folgen von Preissteigerungen und Inflation im Blick behalten. Wir müssen die Auswirkungen der steigenden Preise für die Menschen in Deutschland stärker dämpfen. Das in dieser Woche vorgelegte Regierungspaket kann nur ein erster Anfang sein. Da muss mehr kommen.

Wir brauchen Entlastungen für Alleinerziehende, für Pendler, für Selbstständige. Aber auch für kleine und große Unternehmen, deren Geschäftsgrundlagen durch den Preisanstieg in Frage gestellt werden.



Keine allgemeine Impfpflicht

Die Regierungsfractionen haben sich bei der Debatte um eine Corona-Impfpflicht in Gruppenanträge geflüchtet, statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden und mit einer Stimme einen tragfähigen Gesetzentwurf einzubringen. Das Ergebnis: Bei der Abstimmung am Donnerstag war kein Vorschlag mehrheitsfähig.

Uns als CDU/CSU wurde in den vergangenen Tagen und während der Plenardebatte seitens der Ampelparteien Untätigkeit vorgeworfen. Dagegen möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal vehement protestieren, denn wir haben bereits vor Wochen ein der aktuellen Lage angemessenes Konzept vorgeschlagen.

Mit dieser Geschlossenheit haben wir Verantwortungsbewusstsein in dieser schwierigen Situation gezeigt – anders als die Regierungsfractionen. Unser Konzept schafft verhältnismäßige Voraussetzungen, falls im Herbst eine neue, schwerwiegende Virusvariante eine Impfpflicht nötig machen sollte. Vor allem bietet es für alle künftigen Entwicklungen der Pandemie eine Antwort.

Was beinhaltet unser Impfvorsorgegesetz? Erstens ein Impfregister, das uns eine breite Datengrundlage schafft. Zweitens einen Impfmechanismus, der keine starre Impfpflicht, etwa für bestimmte Altersgruppen, vorsieht. Wir fordern ein Modell, das angemessen auf künftige Entwicklungen reagiert. Und drittens eine verbesserte Impfkampagne.

Zum jetzigen Zeitpunkt eine Impfpflicht zu einem festen Datum zu beschließen, wäre angesichts der aktuellen Lage verfrüht und unverhältnismäßig. Und: Wer mildere Mittel zur Pandemiebekämpfung, wie die Maskenpflicht, einfach auslaufen lässt, der kann parallel dazu keinen tiefgreifenden Grundrechtseingriff in Form einer Impfpflicht einführen. Damit hat sich die Ampel selbst in eine Sackgasse der Rechtsunsicherheit manövriert.

Die Regierungsfractionen sind mit ihrem Antragswirrwarr krachend gescheitert. Klar bleibt dennoch, dass wir dringend vorsorgen müssen, falls im Herbst eine schwerwiegendere Virusvariante auf uns zukommt. Darum bleibt die Union gesprächsbereit, wenn die Ampel an einer vorausschauenden, sachgerechten Lösung interessiert ist. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und das Beste für die Menschen in unserem Land zu erreichen!

Ich selbst habe keinem Antrag zugestimmt, der eine allgemeine Impfpflicht zum Ziel hatte. Hier meine entsprechende PM: [KLICK](#)

Wer sich das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten anschauen möchte, wird hier fündig: [KLICK](#)

Steuerentlastungen für alle: Regierung muss jetzt mutiger handeln

Mit dem Vorschlag der Ampel für ein Steuerentlastungsgesetz 2022, das in erster Lesung beraten wurde, legt die Bundesregierung ihren kleinsten gemeinsamen Nenner für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vor. Mehr war offensichtlich für die Steuerzahler in unserem Land nicht drin! Das parallel zu beratende 4. Corona-Steuerhilfegesetz soll darüber hinaus dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen durch die Pandemie durch steuerliche Maßnahmen möglichst klein zu halten.

Aber auch dieses Versprechen kann die Ampel-Regierung nicht halten, weil ihr der Mut für den großen Wurf fehlt und sie nur minimalinvasive Korrekturen vornehmen möchte. Steuerbefreiungen für Boni an besonderes Pflegepersonal oder die Verlängerung der Homeoffice-Pauschale bis Ende des Jahres sind Maßnahmen für das Schaulfenster und nicht für die Mehrheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Die Lage in Deutschland zeigt dringenden Handlungsbedarf: Die Menschen leiden nicht nur an den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sondern an hohen Energiepreisen und an der anhaltenden hohen Inflation! Und die in diesem Frühjahr erwartete wirtschaftliche Erholung ist aufgrund des Überfalls Russlands auf die Ukraine verschoben. Eine Phase der Stagflation ist nicht mehr ausgeschlossen. Zunehmend sind alle Menschen betroffen und, nicht zu vergessen, die Unternehmen in Deutschland.

Mit unserem Antrag „[Mut zu wesentlichen steuerlichen Hilfsmaßnahmen](#)“ stellen wir den Regierungsentwürfen klare Forderungen für eine weitergehende steuerliche Entlastung entgegen. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Stabilisierung der Wirtschaft reichen bisher nicht aus. Wegen der starken Inflation müssen Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen stärker entlastet werden. Aufgrund einer möglichen Verschärfung der bestehenden Wirtschaftskrise ist es zudem dringend erforderlich, die Eigenkapitalbasis der krisengeschlagenen Unternehmen zu stärken.

So müssen Gewinne, die zur Stärkung der Eigenkapitalbasis im Unternehmen einbehalten werden, steuerlich besser behandelt werden. Diese so genannte Thesaurierungsbegünstigung muss auch für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver gemacht werden! Hierzu liegen unsere Vorschläge seit Monaten auf dem Tisch, unbeachtet von den Finanzministern Scholz und Lindner.

In unserem Antrag wird die Ampel-Regierung auch aufgefordert, bei der Einkommensteuer nicht nur Schönheitsoperationen durchzuführen und einigen wenigen Steuerpflichtigen Brosamen zu offerieren! Der gesamte Einkommensteuer-Tarif muss unverzüglich an die unerwartet hohe Inflation angepasst werden! Mit der Erhöhung des Grundfreibetrags im Steuerentlastungsgesetz 2020 ist es nicht getan, denn damit wird der Tarif nur weiter gestaucht und die sogenannte „kalte Progression“ verschärft sich noch mehr! Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt, Betriebe sowie Bürgerinnen und Bürger steuerlich zu entlasten!

Zitat der Woche

«Das russische Militär und seine Befehlshaber müssen wegen Kriegsverbrechen in der Ukraine sofort vor Gericht gestellt werden. Jeder, der verbrecherische Befehle erteilt und sie durch Töten unseres Volkes ausführt, wird vor ein Tribunal gebracht, das den Nürnberger Prozessen ähnlich sein sollte.»

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Video vor dem UN-Sicherheitsrat

Neues aus dem Büro

Hier geht es zum Video der Woche:

[KLICK](#)

